

Pressespiegel

2. Petersburger Dialog

„Deutschland und Russland in
einer sich neu ordnenden Welt“

Weimar, 8.-10. April 2002

APS-News Welt vom 09.04.02	1
FAZ vom 09.04.02	3
Frankfurter Rundschau vom 08.04.02.....	5
Freies Wort vom 09.04.02.....	6
Freies Wort vom 09.04.02.....	6
Kölnische Rundschau vom 08.04.02	7
Mannheimer Morgen vom 08.04.02	8
Mannheimer Morgen vom 09.04.02	10
Mitteldeutsche Zeitung vom 08.04.02.....	11
Die Rheinpfalz vom 09.04.02	13
Süddeutsche Zeitung vom 08.04.02.....	14
Süddeutsche Zeitung vom 08.04.02.....	16
Süddeutsche Zeitung vom 08.04.02.....	17
Tagesspiegel u. Potsdamer Neueste Nachrichten vom 09.04.02.....	18
Thüringische Landeszeitung vom 09.04.02.....	20
Thüringische Landeszeitung vom 09.04.02.....	20
Thüringische Landeszeitung vom 09.04.02.....	21
Die Welt vom 08.04.02.....	22

"Man wird sich einigen"

Der deutsche Kanzler Schröder und der russische Präsident Putin wollen den jahrelangen Streit um sowjetische Altschulden an Deutschland auf Chefebene beilegen.

Bei den deutsch-russischen Regierungsgesprächen am Dienstag und Mittwoch in Weimar werde es eine erfolgreiche Beilegung des Problems der Schulden in Milliardenhöhe geben, sagte der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, in einem dpa-Gespräch. "Man wird sich einigen", sagte er. "Die beiden Regierungschefs werden es sich nicht aus der Hand nehmen lassen, dass sie schon in Weimar Informationen geben werden."

Bei dem Streit geht es um Schulden in Höhe von 6,4 Milliarden so genannter Transferrubel aus dem Handel der früheren Sowjetunion mit der ehemaligen DDR. Deutschland und Russland konnten sich bisher nicht auf den Umrechnungskurs einigen. Berlin berechnet für einen Transferrubel einen Dollar und fordert damit umgerechnet 7,6 Milliarden Euro zurück. Moskau verlangt einen günstigeren Wechselkurs. Nach Medienberichten hat sich Russland zur Zahlung von bis zu knapp 1,2 Milliarden Dollar (1,366 Mrd. Euro) bereit erklärt.

Mangold sah die russische Forderung nach einem günstigeren Wechselkurs als gerechtfertigt an: "Wir haben auch anderen wichtigen Ländern kräftige Discounts gegeben", sagte er. "Warum sollten wir Russland etwas verwehren, was wir anderen Ländern bereits gewährt haben?" In Weimar solle nun ein "Schlusstrich unter diese leidige Angelegenheit" gezogen werden.

Bei den Regierungsgesprächen Schröders und Putins vor einem Jahr war der Streit nicht gelöst worden. Der ursprüngliche Plan, die Transferrubelschulden in deutsche Beteiligungen an russischen Unternehmen umzuwandeln, war verworfen worden. "Dieses Jahr wird es eine Lösung geben", sagte Mangold. Nähere Einzelheiten nannte er nicht. Es sei nicht die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, die Schuldenfrage anzupacken, sondern der Politik.

Der Präsident kommt nach Deutschland

Putin bei uns immer beliebter

Von MANFRED QUIRING

Moskau – Dobryj Djen, Herr Präsident! Guten Tag, Präsident Putin! Russlands Staatschef Wladimir Putin (49) besucht ab morgen Deutschland.

Wichtigster Programmpunkt: sein Auftritt beim zweiten „Petersburger Dialog“ in Weimar, einem hochrangig besetzten Gedankenaustausch über deutsch-russische Beziehungen. Es ist eine Gelegenheit für Putin, seine Popularitätswerte in Deutschland (für 47 % der Bundesbürger ist er laut Allensbach-Umfrage schon jetzt der beliebteste ausländische Politiker) weiter auszubauen!



Begegnung im Kreml: Putin begrüßt BILD-Korrespondent Manfred Quiring (53)

Eine kleine TV-Sensation auch, dass Putin morgen (ARD, 23.00 Uhr) gemeinsam mit Kanzler Schröder in die Talkshow von Alfred Biolek kommt. Dabei wird er sicherlich auch Privates verraten.

Im Vorfeld seines Besuchs sprach Putin jetzt mit deutschen Korrespondenten in Moskau. Putin über...

...die deutsch-russischen Beziehungen: „Deutschland ist für uns einer der wichtigsten Partner in der Welt und der wichtigste in Europa.“

...den Westen: „Im Gegensatz zu früheren Zeiten tritt Russland nicht deshalb für eine Zusammenarbeit mit dem Westen ein, weil wir ihm gefallen oder etwas von ihm haben wollen. Wir bitten niemanden um etwas.“

Weimar ist gut für heikle Fragen

Sowjetische Schulden und die Nato / Von Markus Wehner

WEIMAR, 8. April. Michail Gorbatschow war durch die Straßen Weimars flaniert und von den Bürgern freundlich begrüßt worden. "Viele haben auch die russische Sprache noch nicht vergessen", wußte der ehemalige sowjetische Präsident später im Grandhotel "Russischer Hof" zu berichten. "In den neuen Bundesländern gibt es ein ungenutztes Potential, das wir für die russisch-deutschen Beziehungen nutzen müssen." Russen und Deutsche wollten eine Annäherung, sagte Michail Sergejewitsch, aber zunächst gehe es darum, "den Inhalt unserer Beziehungen neu zu definieren". Dafür soll der zweite Petersburger Dialog dienen, den Gorbatschow am Montag eröffnete. Es soll, wie vor Jahresfrist in St. Petersburg, um die Zivilgesellschaften gehen. Von denen war freilich nicht viel zu sehen gewesen, doch Gorbatschow, Vorsitzender des russischen Lenkungsausschusses, war sich sicher, daß sie in diesem Jahr in der Goethestadt besser vertreten seien.

In Rußland gebe es hundert deutsche Klubs, wußte Gorbatschow zu berichten, doch Peter Boenisch, Staatssekretär a. D. und Gorbatschows Pendant von der deutschen Seite des Dialogs, mahnte, daß man mit dem Jugendaustausch und den Partnerstädten endlich vorankommen müsse. Nur 89 Partnerschaften gebe es zwischen russischen und deutschen Städten, während die Deutschen mit Franzosen und Engländern mehr als tausendmal schwesterlich durch Partnerstädte verbunden seien. Auch Gorbatschow, der gerne in seinen Ausführungen gegensätzliche Sichtweisen vereint, gab zu, "daß unseren Beziehungen die menschliche Dimension fehlt". Die politischen Beziehungen müßten ergänzt werden.

Daß in dieser Hinsicht alles bestens steht, wollen Bundeskanzler Schröder und Präsident Putin in Weimar demonstrieren. An diesem Dienstag nachmittag trifft Putin in Weimar zu den deutsch-russischen Regierungsberatungen ein. Kanzler und Präsident werden das Plenum des Petersburger Dialogs begrüßen, die Infobörse der Nichtregierungsorganisationen (NGO) besuchen und den Darbietungen eines russischen und deutschen Schülerchores lauschen.

Freilich werden Schröder und Putin nicht nur über das Edle, Gute und Schöne reden. Denn der russische Präsident hat gesagt, daß er in Weimar auf einen Durchbruch in der Frage der sowjetischen Altschulden hoffe, ein Thema, das Schröder ursprünglich gar nicht offiziell behandelt sehen wollte. Deutschland fordert die Rückzahlung der Schulden der früheren Sowjetunion bei der DDR, die sich auf 6,4 Milliarden sogenannter Transferrubel belaufen. Deutschland hat für diesen Betrag einen Umrechnungskurs von einem Transferrubel gleich einem Dollar festgelegt, was Rußland zu hoch findet. Mittlerweile hat sich Berlin bis auf 1,2 Milliarden Dollar bewegt, während Rußland offenbar nur 800 Millionen Dollar zahlen will. Putin hatte auch gesagt, er könne sich vorstellen, einen Teil der Transferrubel -Schulden dafür einzusetzen, um ostdeutsche Firmen mit russischen Aufträgen auszulasten. Doch davon könne nicht die Rede sein, sagte ein Vorstandsmitglied des Ost-Ausschusses der deutschen Wirtschaft am Montag dieser Zeitung. "Eine Einigung in dieser Frage ist allein Sache der Bundesregierung." Sollten sich Russen und Deutsche wirklich auf einen Betrag um die eine Milliarde Dollar einigen können, so müßte sich der Kanzler vorwerfen lassen, sich in Zeiten wirtschaftlicher Rezession allzu billig verkauft zu haben. Zugleich hätte er aber ein leidiges Thema vom Tisch, das nicht nur die Beziehungen zwischen Berlin und Moskau belastet, sondern auch von den Amerikanern immer wieder ins Spiel gebracht wird, die sich beim Verschenken deutschen Geldes besonders großzügig zeigen. Der ehemalige amerikanische Abrüstungsbeauftragte Sam Nunn hat zum Beispiel kürzlich in Moskau die Streichung russischer Schulden bei europäischen Ländern in Aussicht gestellt, wenn die Beträge für die Beseitigung von Massenvernichtungswaffen genutzt würden. Auch Michail Gorbatschow wies am Montag darauf hin, daß ein Werk zur Vernichtung von Chemiewaffen in Rußland, für das die Amerikaner 800 Millionen Dollar zu zahlen bereit seien, nur gebaut werde, wenn "Rußland und die europäischen Staaten" ihren Beitrag dazu leisteten. "Dies muß jetzt als allererstes gelöst werden", sagte Gorbatschow.

Der Bundesregierung wird es in Weimar nicht zuletzt auch darum gehen, Rußland in seiner Außenpolitik zu bestärken, letztlich auch ein gewisses Gegengewicht zu Washington zu schaffen. Zwar sieht Moskau,

durch die neue Partnerschaft mit Amerika im Anti-Terror-Kampf, Washington als den Partner an, mit dem man wirklich auf Augenhöhe sprechen kann, doch müssen die Russen immer wieder feststellen, daß die Augenhöhe der Amerikaner doch etwas höher liegt.

In diesem Zusammenhang wird offenbar auch der sogenannte Zwanziger-Mechanismus der Nato, also ein Gremium der neunzehn Nato-Staaten und Rußlands, bei den Regierungsberatungen in Weimar eine Rolle spielen. Noch sind die Vorstellungen offenbar sehr unterschiedlich: Die Russen wünschen sich einen von den bisherigen Nato-Strukturen völlig separaten Mechanismus, eine Art Ersatz-OSZE, die für bestimmte Themen unabhängig von der Nato entscheidet. Der Westen sieht das Zwanziger-Gremium eher als eine Möglichkeit, Rußland an die Nato heranzuführen. Doch das stößt bisher auf Widerstände des Moskauer Verteidigungsministeriums, das sich trotz mehrfacher Einladung auch gegen gemeinsame Militärübungen mit der Nato wendet und es vorzieht, über die Manöver an Rußlands Grenzen wie jüngst in Polen und Norwegen zu schimpfen, an denen etwa auch die Usbeken teilnahmen. Wie eine Lösung gefunden werden kann, ist bisher unklar. Doch es ist gute russische Tradition, heikle internationale Fragen erst einmal bilateral zu lösen. Auch dafür könnte Weimar gut sein.

Frankfurter Allgemeine Zeitung, 09.04.2002, Nr. 82 / Seite 3

Tschetschenien zum Einflechten

Vorgehen der Russen wird in Weimar lediglich gestreift

Von Richard Meng (Berlin)

Harte Verhandlungen in einigen Finanzfragen, ansonsten aber wieder viel gezielte gegenseitige Freundlichkeit wird es bei den deutsch-russischen Regierungskonsultationen geben, die heute in Weimar beginnen. Das Berliner Hauptinteresse bleibt es, im Verhältnis zu Wladimir Putins Russland jeden größeren Ärger zu vermeiden.

Das Thema Tschetschenien werde bei diesen fünften offiziellen Konsultationen "nicht ausgespart" werden, hieß es vorher in deutschen Regierungskreisen. Das freilich ist die mildest mögliche Anspracheform. In den Fachgesprächen zwischen den Ministern beider Regierungen wird Tschetschenien sowieso kaum erwähnt werden. Gegenüber dem russischen Präsidenten Wladimir Putin werde Bundeskanzler Gerhard Schröder das Stichwort sicher einflechten, hieß es vorher in der SPD, aber richtig "piesacken" werde er den Mann aus dem Kreml damit sicher nicht. Es gibt auch hier inzwischen Rituale: Man kennt die Fragen und die Antworten aus vielen vorangegangenen Gesprächen - und hakt beides hinterher schnell wieder ab.

Die Regierung in Berlin sieht sich nach wie vor gerne als der wichtigste Partner Putins in Europa. In Berlin ist man zugleich erleichtert darüber, dass die Russen bei den großen internationalen Themen mittlerweile nicht mehr deutsche Alleingänge fordern, sondern "begriffen haben, dass wir nur auf Basis der EU-Politik handeln können" (der SPD-Außenpolitiker Gernot Eler).

Vor allem mit Blick auf den Nahost-Konflikt will die Bundesregierung in Weimar nun versuchen, Russland einzubinden, um "das Quartett zusammenzuhalten", wie es im Auswärtigen Amt heißt: Russland müsse unbedingt neben den USA, der EU und den Vereinten Nationen der "vierte Spieler" bleiben, wenn es um einen erfolgversprechenden Friedensplan geht.

Als Russlands Anwalt verstehen sich die Berliner nach wie vor, wenn es um den bislang so bedeutungslosen "Nato-Russland-Rat" geht, der einst die erste Stufe der Nato-Osterweiterung für Moskau erträglicher machen sollte. Hier, so SPD-Mann Eler, hätten die Deutschen bislang "die konkretesten und weitgehendsten Vorschläge" für eine Belebung des Rates gemacht. Darüber wollen die Nato-Außenminister im Mai mit Blick auf die anstehende nächste Nato-Erweiterung befinden.

Deutlich schwieriger, wenn auch weniger öffentlichkeitswirksam, werden die Weimarer Gespräche zwischen den Finanzministern werden: Sowohl bei einigen alten Streitereien um Botschaftsliegenschaften als auch bei den Altschulden aus DDR-Zeiten sind die Positionen nach wie vor weit auseinander.

Seit Russland wegen der hohen Öl- und Gaspreise wieder liquide wurde, war die deutsche Bereitschaft zu einem Schuldennachlass weiter gesunken. 6,4 Milliarden US-Dollar erwartet Berlin sich nach wie vor als Gegenleistung für Warenlieferungen der DDR vor 1990 (so genannte "Transferrubel"-Geschäfte) - während Moskau höchstens ein Drittel dieser Summe zahlen will. Wenn der Konsens trotz angekündigt "knallharter" Gespräche weiter ausbleibt, müsste das Thema auf die sechsten Konsultationen im nächsten Jahr verschoben werden. Es wäre nicht die erste Vertagung.

Freies Wort vom 09.04.02

Heute besucht Russlands Präsident Putin Weimar

Maximale Sicherheit und minimale Störung

VON ANDREA BISCHOFF UND MATTHIAS THÜSING

WEIMAR – Das Reisegepäck des hohen russischen Besuchs ist bereits vorgeschickt worden, da erreicht die Besitzer die Nachricht: Beamte an der russisch-polnischen Grenze verweigern den Koffern die Ausreise. Erst eine Anweisung „von ganz oben“ kann den Zoll schließlich überzeugen. Trotz aller Aufregungen im Vorfeld – so etwas wie die Ankunft der russischen Prinzessin Maria Pawlowna am 9. November 1804 in Weimar hatte das kleine Landstädtchen bis dato noch nicht gesehen.

In einer Gala-Kalesche, gezogen von acht silber beschlagenen Pferden, hielt die Enkelin von Kaiserin Katharina der Großen Einzug an der Ilm. Fahnen und Kapellen säumten die Straßen. Die Zünfte und Innungen schlossen sich in kompletter Besetzung dem Triumphzug zum Stadtschloss an. Die herzogliche Leibgarde zur Sicherung der kleinen Prozession hielt sich zurück.

Wenn heute mit Russlands Präsident Wladimir Putin erneut ein Staatsbesuch aus dem östlichen Riesenreich in Weimar Hof hält, dürfte sich so viel Volkskontakt kaum wiederholen lassen. „Sicherheitsstufe 1 plus“ herrscht in der Klassikerstadt, und unter Umständen kann das, wie beim Besuch des iranischen Staatspräsidenten Chatami im Juli 2000, wieder zu einer Art Ausnahmezustand führen. „Maximale Sicherheit und minimale Beeinträchtigung“, verspricht Rüdiger Schrehardt von der zuständigen Polizeidirektion Jena, schließlich sei die Gefährdungslage nicht mit dem Chatami-Besuch vergleichbar. Die Situation könne sich aber ständig ändern.

Fest steht, dass mehrere Tausend Beamte der Thüringer Polizei, von Einsatzkräften aus anderen Bundesländern und des Bundeskriminalamtes sowie deren Kollegen aus Russland unterstützt, für den Schutz des Staatsgastes sorgen. Doch lediglich die Haupt-Veranstaltungsorte Stadtschloss, Weimarahalle und Rathaus sollen während des Besuchs Festungen gleichen. Bürger und Gäste der Stadt könnten sich frei bewegen und auch ihrem Recht der Versammlungs- und Meinungsfreiheit nachgehen, versichern die Sicherheitskräfte. Bislang sieht alles nach einem verhältnismäßig ruhigen Dienst aus. Die einzige Demonstrationsanmeldung unter dem Motto: „Lautstark gegen Kriegstreiber“, wurde kurzfristig wieder abgesagt.

Freies Wort vom 09.04.02

Petersburger Dialog» in Weimar fortgesetzt

Weimar (dpa/th) - Im Vorfeld der deutsch-russischen Regierungs- Gespräche ist am Dienstag in Weimar der «Petersburger Dialog» zur Annäherung beider Völker fortgesetzt worden. In Arbeitsgruppen wollen mehr als 150 Teilnehmer des Forums sicherheitspolitische Themen, die Lage der Pressefreiheit in Russland sowie die wirtschaftlichen und kulturellen Beziehungen erörtern. Am Nachmittag werden Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin zum Beginn der Regierungsgespräche in Weimar erwartet.

Kölnische Rundschau vom 08.04.02

Deutsch-russisches Forum in Weimar **Petersburger Dialog will helfen**

Weimar. (dpa) Deutschland und Russland wollen mit einem intensiveren Dialog zwischen beiden Völkern Streitthemen und Vorurteile überwinden. Unter diesem Motto eröffneten der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) gestern in Weimar den zweiten "Petersburger Dialog" zur Annäherung von Russen und Deutschen.

"Wir sollten Schwierigkeiten nicht außer Acht lassen", sagte Gorbatschow, Probleme müssten aber stets im konstruktiven Dialog gelöst werden. Durch engere und von Vertrauen getragene Kontakte könne zum Beispiel auch das "Beutekunst"-Problem gelöst werden.

Vogel betonte, für eine stabile Zukunft des gemeinsamen Hauses Europa seien gute Beziehungen zwischen beiden Ländern von wesentlicher Bedeutung. Ohne den Beitrag Russlands seien zum Beispiel auch Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa undenkbar.

Über 150 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien diskutieren in der Goethe-Stadt bis morgen Abend über Wege, wie Russen und Deutsche sich weiter annähern und gegenseitige Vorurteile abbauen können. Im Mittelpunkt steht die Wiederbelebung von Städtepartnerschaften und der Ausbau des Jugendaustausches. Parallel beginnen heute in Weimar die Regierungskonsultationen mit Kanzler Gerhard Schröder und Staatspräsident Wladimir Putin.

Petersburger Dialog" will Deutsche und Russen weiter annähern

Gorbatschow: Unserer Beziehung fehlt menschliche Dimension



Michail Gorbatschow mit seiner Tochter Irina und Peter Boenisch (l). Bild: dpa

Weimar. Deutschland und Russland wollen mit einem intensiveren Dialog zwischen beiden Völkern bestehende Streitthemen und Vorurteile überwinden. Der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und Thüringens Ministerpräsident Bernhard Vogel (CDU) eröffneten am Montag in Weimar den zweiten "Petersburger Dialog" zur weiteren Annäherung von Russen und

Deutschen.

"Wir sollten Schwierigkeiten nicht außer Acht lassen", sagte Gorbatschow. Probleme müssten im konstruktiven Dialog gelöst werden. "Unserer Beziehung fehlt gegenwärtig eine menschliche Dimension." Mit engeren Kontakten könne auch eine Lösung etwa des "Beutekunst"-Problems erreicht werden. Der Dialog solle die Stimmung aufgreifen, die zur deutschen Wiedervereinigung geführt habe.

Vogel dankte Gorbatschow für dessen Beitrag zur Wiedervereinigung. Für eine stabile Zukunft des gemeinsamen Hauses Europa seien gute Beziehungen zwischen beiden Ländern von wesentlicher Bedeutung, sagte er. Ohne den Beitrag Russlands zur Partnerschaft seien Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa undenkbar.

Mehr als 150 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien diskutieren in der Goethe-Stadt drei Tage lang über Wege, wie Russen und Deutsche sich unterhalb der Regierungsebene annähern und gegenseitige Vorurteile abbauen können. Im Mittelpunkt steht die Wiederbelebung von Städtepartnerschaften und der Ausbau des Jugendaustausches. Parallel beginnen am Dienstag in Weimar die zweitägigen Regierungskonsultationen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie den wichtigsten Ministern.

In der Frage der "Beutekunst" mahnte Gorbatschow zur Geduld.

Deutschland und Russland verhandeln seit längerem über die Rückgabe der Kulturgüter, die im Zuge des Zweiten Weltkriegs nach Russland verschleppt worden waren. Moskau hat die Kulturgüter per Gesetz zu russischem Eigentum erklärt, Deutschland fordert sie zurück.

Vogel warb dafür, auch heikle Fragen nicht auszuklammern. Die gemeinsame Verantwortung für Frieden und Verständigung erfordere eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen, sagte er. Doch Freundschaft setze voraus, dass man über alle Themen ein offenes und intensives Gespräch führe, auch über Themen, wo noch der Ausgleich gesucht werden müsse.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge gegen die USA vom 11. September und der blutigen Nahost-Krise steht das Forum in diesem Jahr unter dem Leitthema "Deutschland und Russland in einer sich neu ordnenden Welt". Schröder und Putin hatten den Anstoß zum Dialog gegeben, der im vergangenen Jahr erstmals in Sankt Petersburg zusammengekommen war.

Gorbatschow ist der Vorsitzende des russischen Lenkungsausschusses des "Petersburger Dialogs". Auf deutscher Seite leitet der ehemalige Regierungssprecher Peter Boenisch den Ausschuss. Er warb für den Ausbau der Städtepartnerschaften und des Jugendaustausches. Bisher gebe es nur 89 Partnerschaften zu Städten in Russland, aber über 1000 mit Engländern und Franzosen. (dpa)

© Xmedias / Morgenweb-Redaktion - 08.04.2002

Putin und Schröder wollen Schuldenstreit auf Chefebene beilegen

Moskau verlangt einen günstigeren Wechselkurs

Weimar. Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin wollen den jahrelangen Streit um sowjetische Altschulden an Deutschland auf Chefebene beilegen. Bei den deutsch-russischen Regierungsgesprächen am Dienstag und Mittwoch in Weimar werde es eine erfolgreiche Beilegung des Problems der Schulden in Milliardenhöhe geben, sagte der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, in einem dpa-Gespräch. "Man wird sich einigen", sagte er. "Die beiden Regierungschefs werden es sich nicht aus der Hand nehmen lassen, dass sie schon in Weimar Informationen geben werden."

Bei dem Streit geht es um Schulden in Höhe von 6,4 Milliarden so genannter Transferrubel aus dem Handel der früheren Sowjetunion mit der ehemaligen DDR. Deutschland und Russland konnten sich bislang nicht auf den Umrechnungskurs einigen. Berlin berechnet für einen Transferrubel einen Dollar und fordert damit umgerechnet 7,6 Milliarden Euro zurück. Moskau verlangt einen günstigeren Wechselkurs. Nach Medienberichten hat sich Russland zur Zahlung von bis zu knapp 1,2 Milliarden Dollar (rund 1,37 Mrd Euro) bereit erklärt.

Mangold sah die russische Forderung nach einem günstigeren Wechselkurs als gerechtfertigt an: "Wir haben auch anderen wichtigen Ländern kräftige Discounts gegeben", sagte er. "Warum sollten wir Russland etwas verwehren, was wir anderen Ländern bereits gewährt haben?" In Weimar solle nun ein "Schlussstrich unter diese leidige Angelegenheit" gezogen werden.

Bei den Regierungsgesprächen Schröders und Putins vor einem Jahr war der Streit nicht gelöst worden. Der ursprüngliche Plan, die Transferrubelschulden in deutsche Beteiligungen an russischen Unternehmen umzuwandeln, war verworfen worden. "Dieses Jahr wird es eine Lösung geben", sagte Mangold. Nähere Einzelheiten nannte er nicht. Es sei nicht die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, die Schuldenfrage anzupacken, sondern der Politik. (dpa)

Deutsche und Russen wollen Hürden überwinden

Bernhard Vogel und Michail Gorbatschow eröffnen Veranstaltung



Weimar/dpa. Deutschland und Russland wollen mit einem intensiveren Dialog zwischen beiden Völkern bestehende Streitthemen und Vorurteile überwinden. Der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow und Thüringens Ministerpräsident Bernhard

Vogel (CDU) eröffneten am Montag in Weimar den zweiten «Petersburger Dialog» zur weiteren Annäherung von Russen und Deutschen.

«Wir sollten Schwierigkeiten nicht außer Acht lassen», sagte Gorbatschow. Probleme müssten im konstruktiven Dialog gelöst werden. «Unserer Beziehung fehlt gegenwärtig eine menschliche Dimension.» Mit engeren Kontakten könne auch eine Lösung etwa des «Beutekunst»-Problems erreicht werden. Der Dialog solle die Stimmung aufgreifen, die zur deutschen Wiedervereinigung geführt habe.

Vogel dankte Gorbatschow für dessen Beitrag zur Wiedervereinigung. Für eine stabile Zukunft des gemeinsamen Hauses Europa seien gute Beziehungen zwischen beiden Ländern von wesentlicher Bedeutung, sagte er. Ohne den Beitrag Russlands zur Partnerschaft seien Frieden, Freiheit und Sicherheit in Europa undenkbar.

Mehr als 150 Persönlichkeiten aus Politik, Wirtschaft, Kultur und Medien diskutieren in der Goethe-Stadt drei Tage lang über Wege, wie Russen und Deutsche sich unterhalb der Regierungsebene annähern und gegenseitige Vorurteile abbauen können. Im Mittelpunkt steht die Wiederbelebung von Städtepartnerschaften und der Ausbau des Jugendaustausches. Parallel beginnen am Dienstag in Weimar die zweitägigen Regierungskonsultationen mit Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin sowie den wichtigsten Ministern.

In der Frage der «Beutekunst» mahnte Gorbatschow zur Geduld. Deutschland und

Russland verhandeln seit längerem über die Rückgabe der Kulturgüter, die im Zuge des Zweiten Weltkriegs nach Russland verschleppt worden waren. Moskau hat die Kulturgüter per Gesetz zu russischem Eigentum erklärt, Deutschland fordert sie zurück.

Vogel warb dafür, auch heikle Fragen nicht auszuklammern. Die gemeinsame Verantwortung für Frieden und Verständigung erfordere eine enge Zusammenarbeit auf allen Ebenen, sagte er. Doch Freundschaft setze voraus, dass man über alle Themen ein offenes und intensives Gespräch führe, auch über Themen, wo noch der Ausgleich gesucht werden müsse.

Unter dem Eindruck der Terroranschläge gegen die USA vom 11. September und der blutigen Nahost-Krise steht das Forum in diesem Jahr unter dem Leitthema «Deutschland und Russland in einer sich neu ordnenden Welt». Schröder und Putin hatten den Anstoß zum Dialog gegeben, der im vergangenen Jahr erstmals in Sankt Petersburg zusammengekommen war.

Gorbatschow ist der Vorsitzende des russischen Lenkungsausschusses des «Petersburger Dialogs». Auf deutscher Seite leitet der ehemalige Regierungssprecher Peter Boenisch den Ausschuss. Er warb für den Ausbau der Städtepartnerschaften und des Jugendaustausches. Bisher gebe es nur 89 Partnerschaften zu Städten in Russland, aber über 1000 mit Engländern und Franzosen.

Die Rheinpfalz vom 09.04.02

Deutsch-russische Konsultationen in Weimar

Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) wird heute mit dem russischen Präsidenten Wladimir Putin in Weimar zu deutsch-russischen Konsultationen zusammentreffen. Nach Angaben Moskaus soll dabei die Frage der noch ausstehenden Schulden Russlands bei Deutschland geregelt werden. Weitere Themen werden die gemeinsamen Wirtschaftsbeziehungen und die Krise im Nahen Osten sein.

Nach einem Gespräch im Rathaus wollen die beiden Regierungschefs an dem deutsch-russischen Forum "Petersburger Dialog" teilnehmen, das am Montag vom ehemaligen sowjetischen Präsidenten Michail Gorbatschow eröffnet wurde.

Schleswig-Holsteinischer Zeitungsverlag vom 09.04.02

Putin und Schröder wollen Schuldenstreit auf Chefebene beilegen

Weimar (dpa) - Bundeskanzler Gerhard Schröder und der russische Präsident Wladimir Putin wollen den jahrelangen Streit um sowjetische Altschulden an Deutschland auf Chefebene beilegen.

Bei den deutsch-russischen Regierungsgesprächen am Dienstag und Mittwoch in Weimar werde es eine erfolgreiche Beilegung des Problems der Schulden in Milliardenhöhe geben, sagte der Vorsitzende des Ostausschusses der Deutschen Wirtschaft, Klaus Mangold, in einem dpa-Gespräch.

«Man wird sich einigen», sagte er. «Die beiden Regierungschefs werden es sich nicht aus der Hand nehmen lassen, dass sie schon in Weimar Informationen geben werden.»

Bei dem Streit geht es um Schulden in Höhe von 6,4 Milliarden so genannter Transferrubel aus dem Handel der früheren Sowjetunion mit der ehemaligen DDR. Deutschland und Russland konnten sich bislang nicht auf den Umrechnungskurs einigen. Berlin berechnet für einen Transferrubel einen Dollar und fordert damit umgerechnet 7,6 Milliarden Euro zurück.

Moskau verlangt einen günstigeren Wechselkurs. Nach Medienberichten hat sich Russland zur Zahlung von bis zu knapp 1,2 Milliarden Dollar (rund 1,37 Mrd Euro) bereit erklärt.

Mangold sah die russische Forderung nach einem günstigeren Wechselkurs als gerechtfertigt an: «Wir haben auch anderen wichtigen Ländern kräftige Discounts gegeben», sagte er. «Warum sollten wir Russland etwas verwehren, was wir anderen Ländern bereits gewährt haben?» In Weimar solle nun ein «Schlussstrich unter diese leidige Angelegenheit» gezogen werden.

Bei den Regierungsgesprächen Schröders und Putins vor einem Jahr war der Streit nicht gelöst worden. Der ursprüngliche Plan, die Transferrubelschulden in deutsche Beteiligungen an russischen Unternehmen umzuwandeln, war verworfen worden. «Dieses Jahr wird es eine Lösung geben», sagte Mangold. Nähere Einzelheiten nannte er nicht. Es sei nicht die Verantwortlichkeit der Wirtschaft, die Schuldenfrage anzupacken, sondern der Politik.

Süddeutsche Zeitung vom 08.04.02

„Russland ist auf dem Weg“

Interview mit Klaus Mangold, Chef des Ost-Ausschusses

(SZ) – „Petersburger Dialog“ heißt das Forum der deutschen und russischen Spitzen aus Politik und Wirtschaft. An diesem Dienstag tritt es in Weimar zusammen. Mit dabei: Russlands Premier Wladimir Putin. Klaus Mangold, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft, sieht das Land auf gutem Weg. Die Bedingungen für Investoren würden stetig besser.

SZ: Herr Mangold, was versprechen Sie sich vom Besuch Putins in Weimar?

Mangold: Ich glaube, das ist eine gute Gelegenheit, Bilanz zu ziehen über die bisherige Reformpolitik seiner Regierung, aber auch einen Blick zu werfen auf die nun erforderlichen Schritte. Wichtige Dinge sind in Gang gebracht und vollzogen, wie zum Beispiel die Bodenreform. Man kann jetzt Land erwerben. Die Frage der Bankenreform kommt auf einen guten Weg, mit der Steuer- und Zollreform geht es vorwärts, die Unternehmensreform wird wachsende Bedeutung erlangen. Was noch nicht so richtig funktioniert, ist die Schnelligkeit bürokratischer Abläufe.

SZ: Eine Zwischenbilanz ohne Makel?

Mangold: Ich halte Russland für ein Land mit Chancen. Es gibt aber weiter Reformbedarf, etwa nach einer Justizreform. Ausländische Unternehmen dürfen durch Gerichte nicht diskriminiert werden. Dann bleibt noch die große Baustelle WTO. Russland hat im Grundsatz beschlossen, der Welthandelsorganisation beizutreten. Jetzt muss man aufpassen, den Beitritt nicht zu überstürzen.

SZ: Hier und da hört man Klagen, das Investitionsklima habe sich zuletzt eher verschlechtert.

Mangold: Diese Meinung teile ich überhaupt nicht. Die Auslandsinvestitionen sind auf einem dynamischen Pfad. Wie übrigens auch der Handel, der aus deutscher Sicht im vorigen Jahr um 50 Prozent zugenommen hat. Wir haben eine leichte Abschwächung nur bei den Inlandsinvestitionen gehabt. Ich kenne viele Unternehmen, die sich inzwischen sehr intensiv mit der Frage beschäftigen, in Russland zu investieren. Nicht nur große, sondern auch kleine und mittlere.

SZ: Oft haben sich Investitionen auf Großräume wie Moskau und Sankt Petersburg konzentriert. Können andere Teile Russlands da nachziehen?

Mangold: Das hängt natürlich immer von der Wirtschaftsfreundlichkeit der jeweiligen Gouverneure ab. Da hat sich in den letzten Jahren einiges Positives ergeben. Es gibt Regionen wie Samara, die sich anstrengen, ausländische Investitionen anzuziehen. Wenn ein engagierter Gouverneur an der Spitze ist, kann dies das Investitionsklima durchaus fördern.

SZ: Vorausgesetzt, die örtliche Bürokratie macht mit...

Mangold: Ja, das ist ein Punkt, den die Regierung noch abarbeiten muss. Neben der Justizreform ist die Reform der öffentlichen Verwaltung der wichtigste Punkt auf Putins Reformliste. Ein positives Signal ist die Schaffung einer eigenen Investitionsagentur, also eines Ansprechpartners für den ausländischen Investor, der dann alle Genehmigungsverfahren in einer Hand hat. Das wäre eine ideale Entwicklung.

SZ: Die russische Wirtschaft hat sich zuletzt eher bescheiden entwickelt, verglichen mit dem Boom der Vorjahre. Ist das der Beginn der Ernüchterung?

Mangold: Nein, das nicht. Natürlich hat auch Russland darunter gelitten, dass 2001 kein brillantes Jahr für die Weltwirtschaft war. Zugleich ist alles, was im rohstoffnahen energiebezogenen Bereich liegt, durchaus nach vorn gekommen. Die Wirtschaft wird nach wie vor von den Öl- und Gaseinnahmen getragen. Russland wird 2002 mit einem Wachstum des Bruttosozialprodukts von drei bis vier Prozent rechnen können.

SZ: Trotzdem bleibt die Abhängigkeit von Rohstoffen auch ein Problem.

Mangold: Ja. Russland muss eine doppelte Strategie fahren. Das Land hat einen großen Rohstoffreichtum. Es ist deshalb weise, diesen Reichtum entsprechend zu vermarkten. Auf der anderen Seite müssen auch der Lebensmittelsektor und die Verbrauchsgüterindustrie kräftig belebt werden.

SZ: Die russischen Reallöhne sind 2001 noch einmal um 20 Prozent angestiegen. Wird es neue Exportrekorde geben?

Mangold: Die deutsche Ausfuhren nach Russland werden auch in diesem Jahr weiter ansteigen. Ob das wieder 50 Prozent werden, wird man sehen. Aber ich glaube, wir können von einem hohen zweistelligen Wachstum ausgehen.

Interview: Michael Bauchmüller

Deutsche Helden Putin, Stirlitz und der Geheimdienst – eine Klimaanalyse

Zugegeben, der neue Konsens fühlt sich noch ungewohnt an, und dennoch: Es liegt was in der Luft zwischen Moskau und Berlin, genauer: In Weimar. Über dem Ort des diesjährigen Petersburger Dialogs und der deutsch-russischen Regierungskonsultationen ballt sich eine kleine Wolke der Verheißung. Russland und Deutschland, die lange Zeit allen Grund hatten, sich misstrauisch zu beäugen, wollen in diesen Tagen endlich mal den ganzen historischen Ballast in Angriff nehmen – Schuldenbeutekunsttschtschenien –, der die Beziehungen in den letzten paar Jahrzehnten so lange und so unnötig beschwert.

Was also tut Putin? Er erobert die Herzen im Sturm. Wer so schön und so gern in der „Sprache Schillers und Goethes“ parliert, wer in Deutschland nichts Wichtigeres vorhat, als sich mit seinem Freund, dem Kanzler, zum Talken bei Biulek zu verabreden – ach ja, um die russische Pressefreiheit soll es beim Petersburger Dialog auch gehen –, der muss reinen Herzens sein, und hat er auch seine Lehr- und Wanderjahre im Dienste des KGB verbracht. Wie die Bild-Zeitung meldet, gilt Putin nach einer Umfrage des Allensbach-Instituts für 47 Prozent der Deutschen schon jetzt als der „beliebteste ausländische Politiker“. Vor Blair, Chirac oder Bush.

Aber möglicherweise ist es ja genau umgekehrt. Möglicherweise prädestiniert Putins undurchsichtige Geheimdienst-Vergangenheit ihn in den Augen der Deutschen gerade für Führungsaufgaben. Was dabei herauskommt, wenn die Agenten zu kurz gehalten werden und entscheidungsschwache Pinsel am Mikrophon sitzen, hat man ja gesehen.

In Russland jedenfalls, wo der Geheimdienst seit Dscherschinskij zugegebenermaßen nie wirklich abgewirtschaftet hatte, erfährt eine lange bespottete Agentenfigur jetzt eine überfällige Würdigung. SS-Sturmbannführer Otto von Stirlitz, hinter dessen germanischem Äußeren sich in Wahrheit der tapfere Sowjetespion Maxim Issajew verbarg, soll ein Denkmal bekommen. In Gorochowetz im Kreis Wladimir hegt eine Gruppe lokaler Künstler Pläne für eine Skulptur, um zu beweisen, dass der legendäre Spion aus ihrer Mitte, aus Gorochowetz, stammt.

Stirlitz, Held des Romans „17 Momente im Frühling“ von Julian Semjonow, errang in den siebziger Jahren als Serienheld im Sowjetfernsehen eine Popularität, die keiner geahnt haben konnte und die alle Beteiligten reich und berühmt machte (SZ vom 26. Januar). Als blonder deutscher Dummkopf, der zu tumb ist, tote Briefkästen zu leeren, schlug er sich mit Kaltenbrunner, Bormann und allerlei Gelichter herum und inspirierte nebenbei eine Lawine von Sprichwörtern, Witzen und Anekdoten: „Am ersten Mai trägt Stirlitz die Mütze der roten Armee, die rote Fahne, marschiert durch das Reichssicherheitshauptamt und singt die Internationale. Noch nie war er so nah daran zu scheitern.“

Dass also nun Stirlitz, der doofe Deutsche, der aber gleichzeitig so liebenswert harmlos ist, ein Denkmal bekommen soll, während Putin, der Ex-Geheimdienstler, spätestens nach seinem Auftritt bei Bio ebenfalls ein Denkmal verdient, das alles bekommt natürlich am Vorabend des Gipfeltreffens eine feine allegorische Bedeutung. Finanziert werden soll das Stirlitz-, genauer: Issajew-Denkmal, das der russische Künstler Wjatscheslaw Klykow entwerfen soll, sowie ein passendes Museum übrigens von einer gemeinnützigen Stiftung in Erlangen, so meldet der Nachrichtensender NTVOM Ob dies beim Petersburger Dialog als Beitrag zur Beutekunst-Debatte gelten darf, ist allerdings noch offen.

Süddeutsche Zeitung vom 08.04.02

Vom Petersberg-Dialog zu Konsultationen

Von Daniel Brössler

Weimar – Einen Tag vor den deutsch-russischen Regierungskonsultationen hat am Montag in Weimar der „Petersburger Dialog“ begonnen. „Wir wollen einen konstruktiven Geist“, sagte der frühere sowjetische Präsident Michail Gorbatschow zum Auftakt der Diskussionsveranstaltung von 150 Deutschen und Russen aus dem öffentlichen Leben ihrer Länder. Gorbatschow leitet das Forum zusammen mit dem früheren deutschen Regierungssprecher Peter Boenisch. „Wir werden keiner Frage aus dem Wege gehen“, versicherte Boenisch in Anspielung auf die Kritik am russischen Vorgehen in Tschetschenien und andere Konfliktthemen. Allerdings müsse sich der Dialog auf seine Schwerpunkte konzentrieren. In diesem Jahr seien das der Jugendaustausch und die Städtepartnerschaften. So gebe es nur 89 deutsch- russische Städtepartnerschaften, verglichen mit mehr als tausend mit britischen oder französischen Gemeinden.

Auf Initiative von Bundeskanzler Gerhard Schröder und Russlands Präsident Wladimir Putin hat das Forum erstmals im vergangenen April in St. Petersburg stattgefunden. Ziel ist ein „offener Dialog zwischen den Zivilgesellschaften“ nach Vorbild der deutsch-britischen „Königswinter Konferenzen“. Offizielles Thema des diesjährigen „Petersburger Dialogs“ sind „Deutschland und Russland in einer sich neu ordnenden Welt“.

Ebenfalls in Weimar werden am heutigen Dienstag Schröder und Putin zu den fünften deutsch-russischen Regierungskonsultationen zusammentreffen. An dem Gipfel nehmen auch Außenminister Joschka Fischer, Finanzminister Hans

Eichel, Kultur-Staatsminister Julian Nida-Rümelin und deren russische Kollegen teil. In Weimar wird ein Durchbruch beim Streit um russische Altschulden erwartet. Beim Konflikt um die Rückgabe von „Beutekunst“ an Deutschland hat die Duma, das russische Parlament, am Freitag ein Signal gesetzt. Mit großer Mehrheit stimmte sie der Rückführung der Kirchenfenster aus der Marienkirche in Frankfurt an der Oder zu. Im Zentrum der Weimarer Gespräche dürften Fragen der internationalen Politik stehen, etwa der Konflikt im Nahen Osten oder die amerikanischen Pläne für einen Angriff auf den Irak. Russland erwartet von Deutschland zudem Unterstützung für seinen Wunsch nach einer stärkeren Kooperation mit der Nato. Moskau hofft auf eine weitgehende Mitsprache in der westlichen Allianz. Die als wahrscheinlich geltende Beitrittseinladung der Nato an die baltischen Staaten lehnt Russland weiterhin ab.

Moskau auf dem Weg nach Europa

Deutsch-russischer Gipfel in Weimar: Putin will die Annäherung an die EU vorantreiben und den Streit um alte Schulden beilegen

Claudia von Salzen

Der Gast kommt fast als alter Freund. Der russische Präsident Wladimir Putin überraschte im September mit seiner Rede vor dem Bundestag - nicht nur, weil er sie in deutscher Sprache hielt. Er erklärte den Kalten Krieg endgültig für beendet und sprach von einem neuen Kapitel in der Geschichte der Beziehungen beider Länder. Wenn sich an diesem Dienstag und Mittwoch Putin und Bundeskanzler Gerhard Schröder in Weimar zu deutsch-russischen Konsultationen treffen, hofft die russische Seite nun auf konkrete Zusagen.

So erwartet Putin von den Gesprächen in Weimar einen Durchbruch im jahrelangen Streit um die Altschulden der früheren Sowjetunion. Bei der ehemaligen DDR hatte Moskau mit 6,4 Milliarden so genannten Transferrubeln in der Kreide gestanden. Uneins waren sich Russland und die Bundesrepublik bisher darüber, wie der Transferrubel umgerechnet wird - und wie hoch damit die Schulden sind. Moskau hatte zudem die Rechtmäßigkeit der deutschen Forderungen angezweifelt. Vor seiner Reise nach Weimar signalisierte Putin aber, dass er nun eine Einigung für möglich hält.

Als Streitfall der deutsch-russischen Beziehungen gilt auch die "Beutekunst". Berlin verlangt die Rückgabe der nach dem Zweiten Weltkrieg verbrachten Kulturschätze, Moskau erklärte sie jedoch per Gesetz zu russischem Eigentum. Über jede Rückgabe muss nun im Einzelfall entschieden werden. Kurz vor dem Gipfel machte die russische Duma der deutschen Seite ein Geschenk: Das Parlament bewilligte die Rückgabe der 111 wertvollen Bleiglasfenster aus der Marienkirche in Frankfurt (Oder). Putins Zustimmung gilt als sicher, weitere Projekte dieser Art hat er in Aussicht gestellt.

Beim Gipfel in Weimar will der russische Präsident auch die Annäherung seines Landes an Europa weiter vorantreiben. Dabei ist Deutschland nach Auffassung Moskaus der wichtigste Partner, wie Außenminister Igor Iwanow im Vorfeld des Gipfels sagte. In Gesprächen mit Brüssel hat Putin die Zugehörigkeit seines Landes zu Europa stets betont. Die Bundesregierung wolle Moskau bei der Annäherung an die Europäische Union unterstützen, hieß es in deutschen Regierungskreisen. Brüssel und Moskau streben langfristig die Schaffung eines gemeinsamen Wirtschaftsraumes an. Doch auch in Sicherheitsfragen wünschen sich beide Seiten eine engere Zusammenarbeit.

Schwieriger gestaltet sich jedoch Russlands Verhältnis zur Nato, die vor der nächsten Runde ihrer Erweiterung steht. Putin und Schröder wollen über Möglichkeiten der Mitsprache Russlands in der Nato reden. Doch zugleich wird in Berlin klargestellt, dass es nicht darum gehen kann, Russland zum 20. Mitglied der Nato zu machen. Moskau hingegen fordert eine neue Struktur, die über das Modell "19 Nato-Staaten plus Russland" hinausgeht: Russland möchte als gleichberechtigter Partner akzeptiert werden und bei Entscheidungen des Bündnisses ein Stimmrecht bekommen. Weitere Themen des Gipfels sind der internationale Kampf gegen den Terrorismus sowie die Lage in Nahost und in Afghanistan.

Parallel zu den Regierungskonsultationen treffen sich in Weimar bis Mittwoch über 150 Politiker, Wissenschaftler und Künstler aus beiden Ländern zum "Petersburger Dialog". Das Forum, das erstmals vor einem Jahr in Petersburg tagte, wurde von Schröder und Putin ins Leben gerufen. In Arbeitsgruppen diskutieren die Teilnehmer über Krisenprävention, die Rolle der Zivilgesellschaft und das umstrittene Thema der Medienfreiheit.

Leuchttürme ohne Licht

Einzelhandelsketten wie Spar, Edeka und Metro haben den russischen Markt schon lange für sich entdeckt. Sie profitieren vom Kaufkraftanstieg, den die Exporterlöse beim Öl mit sich bringen. Zudem hat unter Putin generell das Vertrauen in die wirtschaftliche Situation in Russland zugenommen - und sich damit das Klima insgesamt verbessert. Doch was für den Handel gilt, stimmt nicht für Anlageinvestitionen. Sämtliche so genannte Leuchtturmprojekte, mit denen beide Länder milliarden schwere Investitionen anschieben wollten, sind inzwischen abgehakt. "Von Leuchttürmen wollen wir gar nicht mehr reden", mochte sich ein deutscher Regierungsbeamter kürzlich nur ungern daran erinnern.

Auf dieser Liste befand sich etwa auch das ambitionierte Investitionsprojekt von Wintershall

mit einem Volumen von rund 1,1 Milliarden Euro. Die geplante gemeinsame Erschließung des Ölfeldes Priraslomnoje in der Barentssee mit Gazprom wurde von russischen Wettbewerbern blockiert. Offiziell zwar nur auf Eis gelegt, rechnet inzwischen kaum noch jemand mit der Realisierung des Projekts.

Die Achillesferse bei den Geschäften in Russland bleibt wie in der Vergangenheit die Finanzierung. Die kapitalschwachen russischen Banken können eine solide Finanzierung zumeist nicht gewährleisten. Und der Staat übernimmt nur noch in Ausnahmefällen Bürgschaften. Also müssen die Kredite aus den Erlösen der Investitionen getilgt werden. Dies kann klappen, muss aber nicht. So sollen jetzt in Weimar Projekte präsentiert werden, die einen Neuanfang in den deutsch-russischen Wirtschaftsbeziehungen begründen könnten. Neben einer Großinvestition von Ikea stehe auch ein Vertrag von Carl Zeiss für den Aufbau eines satellitengestütztes Katastersystems für Russland vor dem Abschluss. *mbr/mzi (HB)*

Thüringische Landeszeitung vom 09.04.02

Appell: Menschenrechte bei Putin anmahnen

Weimar. (tlz) Bundeskanzler Gerhard Schröder (SPD) soll beim deutsch-russischen Gipfeltreffen in Weimar die Einhaltung der Menschenrechte in Tschetschenien anmahnen. Außerdem soll der Bundeskanzler Verhandlungen zwischen der russischen und tschetschenischen Führung fordern. Das verlangt in einem TLZ-Gespräch der Vorsitzende der Gesellschaft für bedrohte Völker, Tilman Zülch. Mit einer Mahnwache will die Organisation heute in Weimar auf die schweren Menschenrechtsverletzungen in Tschetschenien aufmerksam machen. "Ihr Freund Putin verbreitet Terror in Tschetschenien, Herr Schröder", wird auf einem der Transparente zu lesen stehen.

Tilman Zülch beschuldigte im TLZ-Gespräch die Bundesregierung, "militärische Kollaboration mit der russischen Regierung" zu betreiben, während in Tschetschenien Folterungen, Morde und Vergewaltigungen an der Tagesordnung seien. Eine Politik des Verschweigens der Probleme nütze keiner Seite etwas, erklärte Zülch. Russland sei unter Putins Führung zumindest im Bereich der Innenpolitik dabei, sich von westlichen Maßstäben zu entfernen. Im Vorfeld des Petersburger Dialogs, der gestern in Weimar begann, hatten beide Seiten erklärt, sie wollten auch kritische Themen bei den Gesprächen nicht aussparen. An diesem Dienstag kommen Schröder und Putin nach Thüringen.

Thüringische Landeszeitung vom 09.04.02

Offen nach außen, hart nach innen

Weimar. (tlz) Russlands Präsident Wladimir Putin ist dabei, sein Land in einem atemberaubendem Kurs in Richtung Westen zu öffnen. Einer seiner wichtigsten Partner dabei ist Bundeskanzler Gerhard Schröder. Beide Staatsmänner haben schnell einen persönlichen Kontakt zueinander gefunden, sind politische Freunde geworden.

Eigentlich brauchen die beiden auch überhaupt keinen Dolmetscher. Denn Putin spricht - wie er im vergangenen Jahr in seiner Rede vor dem Bundestag bewiesen hat - hervorragend Deutsch. Gelernt hat er es, als er als Resident des KGB in Dresden lange Jahre tätig war. Als russischer Präsident verfolgt er eine Doppelstrategie: Offenheit nach außen, eine harte Linie nach innen. Regierungskritische Journalisten bekommen das zu spüren. Die Pressefreiheit gerät immer wieder ins Wanken. Eine offene Wunde ist auch der Krieg in Tschetschenien, eine Erblast aus der Ära Jelzin, die Putin offenbar entschlossen ist, mit Härte zu beenden. Seit dem 11. September ordnet Putin den Feldzug in Tschetschenien in das große Thema "Kampf gegen den Terror" ein. Seine Partner im Westen haben das dankbar aufgenommen. Denn das bietet ihnen die Chance, in der Tschetschenien-Frage ein wenig moderater und zurückhaltender gegenüber Putin auftreten zu können.

Es gibt eine ganze Reihe offener Fragen zwischen beiden Ländern: Das Thema Beutekunst, für das immer noch keine Lösung in Sicht ist, gehört ebenso dazu wie die russischen Bitten um eine Restrukturierung der hohen Schuldenlast Putins strategisches Ziel ist es, in Europa mitreden zu können. Deshalb die engen Kontakte zur EU, deshalb der dezent vorgetragene Wunsch Russlands, auch in Entscheidungsprozesse der Nato stärker einbezogen zu werden. Michail Gorbatschow, einer der Wegbereiter der deutschen Einheit, übernimmt dabei immer mehr mit seinem Renomee und seinem Ansehen die Rolle eines Türöffners. Er setzt sich auch beim Petersburger Dialog dafür ein, dass der Westen Putins Annäherungsversuche ernst nimmt und dem russischen Präsidenten nicht die kalte Schulter zeigt.

Angesichts der Krise im Nahen Osten, die möglicherweise auch Auswirkungen auf die Erdölförderung hat, gewinnt eine strategische Allianz mit Russland eine neue Dimension. Putin könnte die Energieversorgung des Westens sichern, falls im Nahen Osten die Erdölpähne zugedreht werden. In Weimar wird auch über dieses Thema intensiv diskutiert.

Menschen folgen Gorbi

Weimar/Sankt Petersburg. (tlz) Deutsch-russische Gespräche sind nicht einfach, besonders dann nicht, wenn sie unglücklich moderiert werden. Der Auftakt des zweiten Petersburger Dialogs in der Weimarahalle vor einem 1000-köpfigen internationalen Publikum hätte gelungener ausfallen können. Der Moderator, der MDR-Chefredakteur Wolfgang Kenntemich, agiert als Unglücksrabe, fragt als Erstes nach Risiken - statt nach Chancen.

Kenntemich brüskiert Michail Gorbatschow, dem er vorhält, in Russland seien 5600 Geheimdienstmitarbeiter an Schaltstellen gebracht worden. Gorbatschow verteidigt den indirekt angegriffenen Staatspräsidenten Putin, der in Ostdeutschland "seine Arbeit getan" habe, der heute aber konstruktiv wirke. Missstimmung - das Publikum folgt "Gorbi".

Der Moderator lässt auch sonst Behutsamkeit vermissen, wo sie angezeigt wäre. Das Schlagwort "Beutekunst" schleudert Kenntemich provozierend in den Raum, als es um Kultur geht. Diese Art wirkt destruktiv, der deutsche Kulturstaatsminister Julian Nida-Rümelin ("Kultur ist der Schlüssel für Beziehungen") kann kaum glätten. Es bleibt dem russischen Kulturminister Michail Schwydkoj vorbehalten, Kenntemich ein mitgebrachtes Stück Bernstein vorzuhalten ("nicht gestohlen"). Der Zar habe das Bernsteinzimmer schaffen lassen. Deutsche Besatzer hätten es kaputt gemacht. Russen bauen es wieder auf...

Und noch eines gibt der russische Kulturminister zu bedenken. Er zitiert im ganz still gewordenen Saal den großen deutschen Autoren Peter Weiss - der übrigens aus Deutschland geflohen sei. Weiss habe die Frage aufgeworfen, ob nach Auschwitz noch Gedichte geschrieben werden könnten. "Man kann!" sagt Michail Schwydkoj. Und er fügt hinzu: "Damit Gulags und Auschwitz nie wieder entstehen." Faschismus und Kommunismus seien nämlich "in jedem Menschen drin". Das Publikum folgt auch diesem Russen, spendet Beifall.

Wo Kenntemich Bürokratie beklagt und russische Kapitalinvestitionen in Deutschland höher einschätzt als die Deutschen in Russland, da kontern Klaus Mangold (DaimlerChrysler, Vorsitzender des Ost-Ausschusses der Deutschen Wirtschaft) und Peter Boenisch, Gorbatschows Partner beim Petersburger Dialog: Bürokratie sei aus Investorensicht in Lateinamerika noch größer. Und in Deutschland nicht gering. Bürokratie - das sei ein Dauerbrenner. Aber: Jetzt gibt's ein Duma-Gesetz, das kleinere Firmen mehr fördert als große. In einem Land, wo es immer um Größe ging! 1700 Unternehmen aus Deutschland gründen während der zurückliegenden drei bis vier Jahre Niederlassungen in Russland. Reformen bei Steuer, Zoll und Banken! Hohe Anerkennung und Achtung - so Mangold - gelte es, den Russen zu zollen.

Die Verpflichtung zur Versöhnung

Boenisch besonnen: Wirkliche Freundschaft kann nicht befohlen werden. 64 Prozent der aktuell befragten Deutschen glauben an ein gutes Verhältnis zwischen beiden Völkern - "eine seltene Einigkeit in einer politischen Frage". Gorbi besonnen: "Unsere Vergangenheit ist Verpflichtung zur Versöhnung." Er fügt hinzu: "Die Menschen haben das Signal verstanden, wir müssen diese Stimmung aufgreifen - die Stimmung, die es hier zur Zeit der Wiedervereinigung schon gab."

Ein hölzerner Moderator blickt verdutzt, vergisst ganz den Tschetschenien-Krieg - und die Menschenrechte.

Milliardenaufträge aus Russland in Sicht

Deutsche Unternehmen setzen große Hoffnungen in Putin-Besuch

Berlin - Die russische Tageszeitung "Nesawissimaja Gaseta" zeigte sich angesichts des Treffens von Bundeskanzler Gerhard Schröder und dem russischen Präsidenten Wladimir Putin heute und morgen in Weimar zuversichtlich: Trotz der für Schröder schwierigen Zeit, "sind von dem Treffen in der Stadt Goethes und Schillers sicherlich nützliche Impulse zu erwarten", hieß es im Kommentar des Blattes.

Und auch die deutsche Seite knüpft große Hoffnungen an die Spitzenpolitiker, die von einem Tross hochrangiger Vertreter der Wirtschaft, Kultur und Wissenschaft begleitet werden. "Wir rechnen mit Vertragsabschlüssen zu Gunsten der deutschen Wirtschaft in Höhe von 1,5 Milliarden Euro", sagte der Vorsitzende des Ost-Ausschusses im Bundesverband der Deutschen Industrie (BDI), Klaus Mangold.

Im Vorfeld gaben sich beide Seiten optimistisch, den seit Jahren schwelenden Streit um die Begleichung russischer Altschulden aus DDR-Zeiten (Transferrubel) beizulegen. Dabei werden die Deutschen jedoch von ihrer Maximalforderung in Höhe von 6,4 Mrd. Dollar Abstriche machen müssen. Auch das Tausziehen um eine millionenschwere Bürgschaft soll endlich beendet werden. Offenbar will das russische Finanzministerium gegenüber der deutschen Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW) in sämtliche Verpflichtungen und Risiken aus der Mitte der neunziger Jahre erfolgten Lieferung von Fisch-Trawlern eintreten. Bislang war die Forderung über die rund 310 Mio. Euro ungedeckt. Im Gegenzug hatte Berlin signalisiert, den Hermesplafond für Russland, mit dem Geschäfte deutscher Firmen abgesichert werden, von rund 500 auf mindestens 750 Mio. Euro aufzustocken. Zudem wollte sich Deutschland für eine bessere Eingruppierung Russlands beim Kreditrating der OECD einsetzen.

Mangold unterstrich, dass Russland als Wirtschaftspartner in den letzten zwei Jahren berechenbarer und die Rahmenbedingungen stabiler geworden seien. Russlands Potenzial im Energie- und Rohstoffbereich sei gewachsen, im Informationstechnologie- und Hochtechnologiebereich ergeben sich Chancen, die im beiderseitigen Interesse genutzt und entwickelt werden sollten.

Die Bedingungen dafür seien so gut wie nie. Die eingeleiteten Reformen zeigten erste Auswirkungen: Die Wirtschaft des Landes befände sich im Aufwind und verzeichne überdurchschnittliche Zuwachsraten. Der deutsch-russische Handel erreichte im Jahre 2001 mit 24,8 Mrd. Euro wiederum ein Rekordniveau und legte gegenüber dem Vorjahr um 16,8 Prozent zu.

Russland ist im deutschen Osteuropahandel inzwischen auf den dritten Platz nach Tschechien und Polen vorgerückt. Der Warenaustausch steht auf einer deutlich breiteren Basis, Hauptexportgüter des um 54 Prozent auf 10,3 Mrd. Euro gewachsenen Exports Deutschlands nach Russland sind Maschinen und Anlagen, Chemiegüter, Fahrzeuge und Elektrotechnik.

Heute trifft sich in Weimar der von Kanzler Schröder und Präsidenten Wladimir Putin ins Leben gerufene "Petersburger Dialog". Mehr als 150 Persönlichkeiten beider Länder aus Politik, Wissenschaft, Wirtschaft, Kultur und Medien beraten über Wirtschaftsfragen. cw